

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 2mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren Anst. Bezugsstellen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. Durch die Post monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Rhein 40 S., Rheingebiet 2.— M.; außerhalb 50 S., Rheingebiet 2.00 M. Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 10 M. pro 1000.

Nummer 526

Dienstag, 11. November 1919.

73. Jahrgang

Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter.

Die Revolution hat bei der Arbeiterschaft vielfach die falsche Erwartung geweckt, daß nun unverzüglich zu ihren Gunsten eine grundtätige Wenderung der Besitz- und Einkommenverteilung vorgenommen werden könnte. Hierzu warten die radikalen Gegner jeder Privatwirtschaft mit geschwind fertiggestellten Plänen zur Verwirklichung auf. Dergleichen nimmt sich auf dem geduldeten Papier aber vor empfindlich gekränkten Jährlingern wunderlich aus, aber leichtert unerbittlich vor der Einsicht:

Reich! Beieinander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Taten!

Dies gilt auch für die scheinbar so verlockende Idee einer obligatorischen Beteiligung der Arbeiter am Reingewinn der Betriebe. Bezeichnenderweise beobachten darum die freien Gewerkschaften eine gewisse Zurückhaltung. In ihnen verkörpert sich eben die praktisch geschnittene Intelligenz der besonnenen Arbeiterschaft. Ihre Führer beurteilen die Bestimmungen des Wirtschaftslivens richtig, mit dem sie in ununterbrochener Verbindung stehen, und kennen daher auch die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Betriebe, von der die Höhe des Arbeitseinkommens nun einmal unweigerlich abhängt. Zudem entgeht ihnen die Notwendigkeit nicht, daß die Mitübernahme einzelner Betriebsverluste eine logische Ergänzung des Anspruches auf Gewinnbeteiligung bildet. So ist daher eine solche unter der erwähnten Voraussetzung von Unternehmern abgelehnt worden, haben sich die Arbeiter sehr ablehnend verhalten. Sie wissen nämlich, daß ihre Agitatoren mit Bewußtsein zu unterrichtlichen Pflegen: daß es viel mehr schlechtrentierende, als gutgehende Betriebe gibt, daß auch häufigere Ertragschwankungen unterliegen, die dem am Gewinn und Verlust Beteiligten ein großes, für den Arbeiter unerträgliches Risiko aufbürden.

Weil jedoch unzählige Kurzflügel von der Gewinnbeteiligung den Anbruch einer goldenen Zeit für die Arbeiterschaft erhoffen, so erweist es zweckmäßig, die volkswirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen einer solchen Neuordnung an realen Beispielen zu erläutern. Natürlich kann man dabei nicht von dem ganz abnormen und unhaltbaren Betriebsverhältnissen in der Kriegszeit oder Nachkriegszeit ausgehen, sondern muß einigermassen normale und dauerhafte Verhältnisse zugrunde legen, wie sie etwa in den letzten Friedensjahren bestanden. Demnach betrug der Reingewinn der deutschen Arbeitergesellschaften, die bekanntlich zu den ertragsreichsten Erwerbsunternehmungen gehören, im Jahresdurchschnitt etwa 7 Prozent des Stammkapitals. Daraus würde ein Betrieb mit einem Stammkapital von 2 Millionen Mark nach den ordnungsmäßigen Abschreibungen 140 000 Mark Reingewinn abwerfen. Man nehme an, daß hiervon die Hälfte, also 70 000 Mark, an die Arbeiter verteilt würde.

Was wären die Folgen?
Zunächst würden sich die Aktien der Gesellschaft, infolge der Vornahme von 50 Prozent des Reingewinnes für die Arbeiter, nur noch mit 1/2 Prozent vermindern. Daß sich unter solchen Umständen das Anlage suchende Kapital sofort mit größter Beschleunigung von den Erwerbsunternehmungen zurückziehen müßte, ist selbstverständlich; denn es befindet sich ganz überwiegend in kleinen Summen in den Händen von Millionen kleiner Rentner, die von einer 1/2-prozentigen Rente nicht leben können. Den Betrieben würde also ohne weiteres das unerlöbliche Betriebskapital entzogen, und sie müßten folgergemäß zusammenbrechen. Es erübrigt sich zu sagen, daß damit den Arbeitern nicht nur jegliche Gewinnbeteiligung, sondern der nahe Arbeitslohn verloren ginge. Eine ungeheure anhaltende Arbeitslosigkeit hätte dann einen beispiellosen Bürgerkrieg und schließlich den Zusammenbruch des gesamten Wirtschaftslebens zur Folge. Nur in der Theorie wäre eine andere Entwicklung bei Einführung des kommunikativen Systems denkbar, vor dem sich aber selbst zielbewusste Sozialdemokraten aus guten Gründen hüten.

Läßt man aber diese unabweislichen katastrophalen Wirkungen einmal außer acht; welche Vorteile hätte dann die Arbeiterschaft von der gedachten Gewinnbeteiligung? Weichen wir bei dem oben angenommenen Beispiel. Ein Betrieb mit 2 Millionen Stammkapital beschäftigt wohl im allgemeinen etwa 500 Arbeiter; jeder einzelne würde demnach, von der Hälfte des Reingewinns in Höhe von 70 000 M., auf seinen Teil 140 M. jährlich erhalten! Aber wenn wir sogar eine überdurchschnittliche Rentabilität des Betriebes mit 10 Prozent bei nur 300 Arbeitnehmern an, so entfielen doch höchstens 300 M. jährlich auf den einzelnen. Und um solcher Rentabilitäten willen sollten vernünftige Arbeiter die höhere Aussicht in Kauf nehmen, daß der drohende Verfall in kurzer Zeit unter ihren Nähen für immer zusammenbricht? Vielmehr werden sie diese Krone als beängstigend für ihre Intelligenz, zurückweisen und auf eine autoritative Gewinnbeteiligung aus den vorstehend angeführten Gründen lieber verzichten.

Die Bedenken dagegen werden durch noch weitere Erwägungen verstärkt. Einmal läßt sich die Tatsache nicht leugnen, daß seit geraumer Zeit die Arbeitslöhne keineswegs mehr nach dem Wert der Arbeitsleistung, sondern nach den außerordentlich hohen Kosten der Lebenshaltung der Arbeitnehmer bemessen werden, obwohl dadurch die Rentabilität der meisten Betriebe stark beeinträchtigt wird. Ein solches Verfahren nach rein sozialen, nicht kaufmännischen Gesichtspunkten müßte aber sofort eingestellt werden, wenn die Arbeitnehmer auf Gewinnbeteiligung beständen. Zweitens wird die scheinbare Rentabilität der noch florierenden Betriebe in dem Augenblick wesentlich sinken, wo sich die finanziellen Krisisfolgen durch Einführung der Kriegsschuldentilgung und durch Erhebung ungeheurer Steuern und Vermögens-

abgaben erst in voller Schwere geltend machen. Auch glücklichen Falles wird damit unter gesamtes Gewerbeleben einer so bedenklichen Belastungsprobe ausgesetzt werden, daß es weitere gemagte Experimente unter seinen Umständen ertragen kann. Die Arbeiter hätten aber als die wirtschaftlich schwächeren am härtesten zu leiden, wenn unverantwortliche Eingriffe am Organismus der ohnehin geschwächten Volkswirtschaft vorgenommen würden. Es liegt daher in ihrem eigensten Interesse, wenn sie die Kopien des Sozialisierungsprogrammes, zu dem auch der Gedanke der Gewinnbeteiligung gehört, sehr ernsthaft auf ihre Ausführbarkeit hin nachprüfen!

Einstellung des Personenverkehrs auch im besetzten Gebiet.

Mz. Mainz, 11. Nov.
Die der „Mainzer Anzeiger“ meldet, ist die bei der alliierten Eisenbahnkommission in Trier beantragte Einstellung des Personenverkehrs für das besetzte Gebiet nunmehr genehmigt worden. Sie tritt bereits heute um Mitternacht (zum 12. Nov.) in Kraft und dauert zehn Tage, also bis 21. November (einschließlich Besetzen bleiben die internationalen Schnellzüge nach Paris und die Schnellzüge D 162 und D 177 nach der Strecke Ludwigshafen-Mainz-Rhein. Es werden für die Schnellzüge jedoch nur Zugsarten über 200 Kilometer hinaus ausgegeben.

Ende des Berliner Metallarbeiterstreiks.

Paul „Vorwärts“ acht der Metallarbeiterstreik in Berlin zu Ende. Die bisher antiaufständischen Abstimmungen lassen darüber keinen Zweifel. Die Streikleitung teilt mit, daß die bisherige Lage der Abstimmungen lasse erwarten, daß die Wiederaufnahme der Arbeit beschloffen werde. Die Streikleitungen sind ermüdet worden, die zur Wiederaufnahme der Arbeit notwendigen Vorarbeiten sofort vornehmen zu lassen.

Der Wert der deutschen Mark.

Von unterrichteter schweizerischer Seite wird erklärt, daß sich der Kurs der deutschen Mark in der Schweiz aller Voraussicht nach in den nächsten Monaten auf 10 bis 15 Centimes halten wird. Maßnahmen zur Besserung des Kurzes könnten nur von deutscher Seite ausgeben, und zwar durch rückfällige Einschränkung des Notenumlaufs. Es wird auf die unwahrscheinliche Hinweisungen. Schädlich für den Kurs der Mark hätten in letzter Zeit große deutsche Geldspekulationen in der Schweiz gewirkt.

Die Wahlen in Schlesien.

Von der Entente für null und nichtig erklärt.
Mz. Paris, 10. Nov. Der Oberste Rat prüfte die durch die Gemeindevahlen in Oberschlesien geschaffene Lage und beschloß, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß diese Wahlen von den Alliierten als null und nichtig betrachtet würden, da sie der Freiheit des Plebiszits zuwiderläßen.

Keine Volksabstimmung in Eupen und Malmedy

Mz. Paris, 10. Nov. Der Oberste Rat stimmte dem Entwurf zur Antwort auf die deutsche Note betreffend Eupen und Malmedy zu, wo die Deutschen ein Plebiszit durchzuführen beabsichtigen; die Antwort wird ablehnend sein.

Die Friedensfrage in Amerika.

Wilson verhandelt mit Hitchcock.
Mz. Versailles, 10. Nov.
Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington meldet: Wilson hat zum ersten Male mit Senator Hitchcock verhandelt über die durch die Opposition gegen den Friedensvertrag geschaffene Lage. Er erklärte sich bereit, die Entscheidung anzunehmen, die Hitchcock und seine demokratischen Kollegen treffen würden, um zu einem Kompromiß in Bezug auf die zu vertretenden Vorbehalte zu kommen. Der Präsident wolle gern die Vorbehalte annehmen, wenn sie das Inkrafttreten des Friedensvertrages und des Völkerbundes nicht beeinträchtigen. Hitchcock erklärte, der Kampf im Senat werde lang sein und vielleicht in eine Sackgasse führen, aus der man nur dadurch herauskommen könne, daß man ein Kompromiß abschließe. Dessen Abschluß aber werde viel Zeit und Geduld erfordern. Der Sonderberichterstatter meint, es sei fast ausgeschlossen, daß man zu einem entscheidenden Ergebnis über den Vertrag noch in dieser Session, die Ende dieses Monats zu Ende geht, kommen werde.

Mz. Paris, 10. Nov. (Havas.)
Marcel Dutilleul erklärte, daß die Neue Wochenschrift von London einen politischen Charakter habe. Er fügte hinzu, daß Dutilleul mit Lord George und Lord Curzon hauptsächlich folgende Kräfte bezeichnen wird: 1. Anfraktion des Friedensvertrages, 2. Durchführung des Vertrages unter Berücksichtigung des Anstufes der Vereinigten Staaten, 3. die neue Auffassung der Intervention der Entente nach der Rede Lord Georges.

Das Versagen der Internationale.

Ein Minister gegen Erzberger.
Der preussische Minister des Innern Heine hielt in Dessau am Jahrestage der Revolution eine bedeutungsvolle Rede. Er führte etwa folgendes aus:

Wir haben keinen Grund, Triumphfeiern zu beachten. Das Reich gab sich die Verfassung durch Kompromiß mit dem Zentrum in der Nationalversammlung, die einem Diskurierklub glich, und deren Reden vielfach das Ansehen nicht wert waren. Das die sozialistischen Gesinnung verletzende Kompromiß mit dem Zentrum wäre nicht anzukamde gekommen, wenn Preußen ausschlaggebend gewesen wäre. Die Pläne Erzbergers in den Steuerfragen machen, wenn sie verwirklicht werden, nicht nur die Länder, sondern auch die Gemeinden tot. Jede Kulturarbeit der Gemeinden ist unmöglich, wenn diese zu Kofhängern Erzbergers gemacht werden. Jede vom grünen Tisch aus in Kulturfragen gefällte Entscheidung bedeutet ein Unglück für die deutsche Kultur. Wenn von der Reichsspitze so weiter reagiert wird, wie es auf Grund Erzbergerischer Pläne den Anschein hat, so bricht das ganze Reich zusammen. Es ist einisch nicht möglich, das ganze deutsche Volk in dieser Weise zu verarmen. Erzberger hat sich für den Friedensvertrag eingelassen und muß nun zur Durchführung die Gelder berechnen, wo er sie kriegt. Aber er täuscht sich. Das geht ein, zwei Jahre, dann ist die Sache zu Ende. Diese Pläne der Wilhelmstraße bedeuten den Tod des Staates. Die Bundesstaaten müssen sich dagegen mit aller Kraft wehren.

Wird sich, so fuhr der Minister fort, die Republik gegen rechts und links behaupten? Solange wir Ordnung und Arbeit aufrechterhalten können, ist keine Gefahr vorhanden. Es sind ernsthafte Verluste erbracht worden. Offiziere der Reichswehr zu gegenrevolutionären Zwecken zu mißbrauchen. Diese Verluste wurden aber einmütig zurückgewiesen. Offiziere und Truppen stehen zur Reue: sie dürfen aber nicht formwährend vor den Kopf gestoßen werden. Wenn sich die Konaueraktion in Berlin wiederholen, allehn Bäcker und Bauern nach Berlin und erheben nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Freiheit im Blut. Eine Konaueraktion wäre dem Groharndschreiben gar nicht unannehmlich. Wir brauchen Aufrechterhaltung der Ordnung, wenn nötig mit Gewalt. Das deutsche Volk steht von aller Welt verlassen da. Wo ist die Internationale? Die französischen Sozialisten unterstützen Clemenceau. Der Minister verweist nicht an Deutschlands Zukunft und ist überzeugt, daß der Revolutionärs noch hundert Jahren als Jubeltag bezeichnen wird.

Eine Rede Scheidemanns.

Der ehemalige Ministerpräsident Scheidemann hielt am 9. November in Berlin eine Rede. Er wies auf das Versagen der Internationale während und nach dem Kriege hin und betonte, daß eine Sozialisierung unter den heutigen Verhältnissen unmöglich sei. Denn wende er sich gegen die Unabhängigen und rief ihnen zu, sie sollten sich nicht einbilden, die Revolution gemacht zu haben; die Arbeitssozialisten seien schon bereit gewesen! Wenn am Beginn der Revolution nicht mehr geleistet worden sei, so sei das zum großen Teil die Schuld der Arbeiterschaft selbst. Die Gefahren, die der Republik von rechts drohen, seien ernster als die Gefahren von links.

Gegen die neuen Ententeforderungen.

Mz. Der Hamburger Senat rüftete an die Reichsregierung das Erluchen, im Interesse der Zukunft des Hamburgischen Anker- und Weltverkehrs der Forderung der Entente nach Auslieferung der Schwimmbock usw. mit allem Nachdruck entgegenzutreten und die Annahme der Forderung zu verweigern.

Falkenhagens Enthüllungen.

Ueber das jetzt erscheinende Buch des früheren Chefs des Generalstabes des Reichsheeres Falkenhagen „Die Oberste Heeresleitung von 1914-1918 in ihren wichtigsten Entscheidungen“ berichten „Kriegszeitung“ und „Tägliche Rundschau“, daß das Buch reich an neuen Enthüllungen, die Bekanntheit der strategischen Verteilung komme darin deutlich zum Ausdruck und sieh sich wie ein roter Faden durch das ganze Werk.

Mackensens Heimkehr endlich freigegeben.

Mz. Paris, 10. Nov. Der Oberste Rat beschloß, Marschall Mackensien, der sich gegenwärtig in Saloniki befindet, mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine Gesundheit nach Deutschland heimkehren zu lassen.

Krisis im Befinden des Kardinals v. Hartmann.

Mz. Berlin, 10. Nov. Das Befinden des Kardinals v. Hartmann hat sich in den letzten vierundzwanzig Stunden verschlimmert. Der Patient ist bei hohem Fieber völlig bewußtlos.

Vereitelter Staatsstreich in der Türkei.

Mz. Der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt aus Konstantinopel: Es wird gemeldet, daß die innere Lage der Türkei sehr ernst ist. Ein Staatsstreich zum Sturz des Sultans ist aufgedeckt und vereitelt worden.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 11. November.

Die Deutsche Volkspartei veranstaltet am Freitag, den 14. November, abends 7 Uhr, in der Aula des Enzeums 2 am Bosenplatz eine öffentliche Versammlung.

Die Revolutionsfeier der Sozialdemokraten Wiesbadens fand am Sonntag morgen im Gewerkschaftshaus in der Gestalt einer Versammlung statt, in der Parteisekretär Witte die Festrede hielt.

Erleichterungen im Sitzgüterverkehr. Die Eisenbahndirektion Frankfurt teilt mit, daß in der Annahme von Eil- und Frachtgüter von jetzt ab wesentliche Erleichterungen eingetreten sind.

Evangelische Frauenhilfe. Die auf den 12. und 13. Nov. angekündigte Mitgliederversammlung und Vorstandskonferenz der Evang. Frauenhilfe in den Konf.-Bez. Wiesbaden und Frankfurt a. M. ist der Verkehrsverhältnisse wegen auf den 25. und 26. November verlegt worden.

Bereinstimmter Schubertbund. Nach fünfjähriger Pause trat am Sonntag der Männergesangverein Schubertbund wieder zum ersten Male mit einem Vereinskonzert an die Öffentlichkeit.

Elisabeth Felsner aus Bleibich, die Ältere der beiden Schwestern, über deren Tanzabend im Residenz-Theater vorberichtet, ist, wie wir erfahren, von der Intendantin des Frankfurter Opernhauses für diese Bühne verpflichtet worden.

Verhaftungen wurde Herr von der Kriminalpolizei ein junger Mann, der in einer Pension unter dem Namen Fritz Abelnitz in abgetragener Kleidung und als der Sohn eines Oberpostsekretärs in Köln auszugeben hatte.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Volkshilfsunterhaltungsabende. Infolge Verkehrserschwerungen konnte das Eintreffen der Frankfurter Künstler nicht ermöglicht werden und so haben zu dem heutigen Opernabend in lechter Stunde Will Haas vom hiesigen Landestheater u. Herr Ludwig Kollmann vom Stadttheater in Mainz ihre Mitwirkung zugesagt.

Marktkirchenkonzert. Für das Mittwochskonzert dieser Woche sind Frau Paula Wehler und Herr Fritz Wehler vom Hofl. Landestheater gewonnen und werden Duette aus „Lina“ von Mendelssohn und Rubinstein vortragen.

„Es sollen wohl Berge weichen“ von Mendelssohn singen. Auf der Orgel wird Herr Peterfen Präsidium und Fugue in G-dur von Bach, Chorvorspiel zu „Dir, Dir Jehova will ich loben“ von Karl Volkmann und Andante von Hertel zu Gehör bringen. Die Kirche ist gebüllt.

3. Inklus-Konzert im Kurhaus.

Die leidigen Verkehrserschwerungen hatten eine Aenderung der ursprünglich für diesen Konzertabend vorgesehenen Vortragsfolge veranlaßt. Aber auch diesmal bediente diese Aenderung keine Enttäuschung.

Max Regers Kunst ist ja eigentlich aus dem Nährboden der alten Kontogantiker hervorgegangen, somit könnte eines seiner Werke das Konzert in vollkommener Stille abklingen. Aber es war ein ganz anderer Reges, der uns in dieser entzückenden G-dur-Serenade entgegentrat.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie.

Samstag, 8. November, nachmittags:

Table with 2 columns: Prize amount and number of winners. Includes rows for 30000 M., 15000 M., 10000 M., etc.

Aus den Vororten.

Erbenheim.

Wieder ein Autounfall. Am Samstag Abend fuhr ein Öhringener unseres Dorfes ein Auto in das Halbrued eines Wellauer Handelsmannes und beschädigte das Fahrzeug so, daß der Besitzer dasselbe zurücklassen mußte.

Vermischtes.

Schweres Bootsunfall bei Riel.

Riel, 10. Nov. Ein Bootsunfall ereignete sich am Sonntag früh vor der Torpedoboots-Mole in der Wicker-Lucht. Ein Boot im Schleppe einer Marinestrasse, das mit Mannschaften, Frauen und Mädchen von Tanzvergnügen in Heddendorf zurückkehrte, kenterte.

Toten steht noch nicht fest. Sie dürfte annähernd am 2. d. M. betrogen.

Starker Schneefall in Berlin.

Berlin, 10. Nov. Der außergewöhnliche Schneefall, der auch die Nacht über andauert, beeinträchtigt in West-Berlin den Verkehr stark. Es machen sich schon im Zentrum und Droschkenverkehr Störungen bemerkbar.

Max Klinger schwer erkrankt? Die verschiedenen Blätter aus Leipzig melden, daß Professor Max Klinger, der jetzt 82 Jahre alt ist, einen Schlaganfall erlitten haben.

Zum Tode verurteilt. Das Kriegsausschuss in Thorn verurteilte den achtschläfrigen Pionier Josef Bennot zum Tode. Bennot hatte Unteroffiziersrang beaanont und sich dann in den Wäldern umhergetrieben und einen Freund der ihm warmes Essen in den Wald gebracht hatte, getötet um ihn seiner Weiber herauszu zu können.

Von Wilderern erschossen. Aus Hannover wird gemeldet: Der Jagdaufsicht Rothmann in Fuhrberg und der Jagdaufsicht Siemens in Widenberg wurden von Wilderern erschossen. Man fand die Leichen, 100 Meter voneinander, im Schnee liegen.

Volkswirtschaft.

Berliner Börse.

Kriegsleihe weiter. Berlin, 10. Nov. Unterstützt durch den ruhigen Verlauf der Revolutionen sieht die Aufwärtsbewegung weitere Kreise. Das Geschäft war überall recht lebhaft bei bemerkenswerten neuen Kurssteigerungen.

Trotz vereinzelter Schwankungen blieb die Börse am weiteren ausbreiten.

Berlin, 10. November 1919.

Table with exchange rates for various locations like London, Paris, etc. Columns include location, rate, and date.

Berlin, 10. November. Devisenmarkt. Telegraphische Anzeigen:

Table with exchange rates for gold, silver, and other currencies. Columns include currency type, rate, and date.

Verantwortlich für deutsche und ausländische Post: H. Gratzsch für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil; H. E. Eilenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Bericht und Sport: Heinz Götze; für die Anzeigen: Job. Hehlert; Druck u. Verlag der Wiesbadener Zeitung-Gesellschaft G.m.b.H. in Wiesbaden.

Deutsche Volkspartei.

Am Freitag, den 14. November 1919, abends 7 Uhr findet in der Aula des Enzeums II, am Bosenplatz eine öffentliche Versammlung statt.

öffentliche Versammlung

Nebener: Abgeordneter Dr. W. F. Kalle Justizrat F. Siebert über „Ein Jahr Revolution“. Männer und Frauen Wiesbadens sind zu dieser Versammlung herzlichst eingeladen.

In unser Handelsregister B wurde heute unter Nr. 344 die Firma: „Nash und Schneider, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit dem Sitz in Wiesbaden eingetragen.

Günstige Gelegenheiten zu Kauf und Miet von herrschaftl. Villen und Etagen weist nach J. Chr. Glücklich, Tel. 6655, Wilhelmsstr. 56.

Rohr-Stähle werden gut geflochten. Bestellungen werden angenommen Dohrimer Straße 80.

Familien-Auskünfte unauflösl. streng biogr. ab. Vermögen, Mißt, Charakt. Ruf, Vorleben etc. an allen Orten gemessen, von ersten Kreisl. bezeugt. Währ. Prop. „Globus“ Welt-Anstalt Berlin W35, Potsdamerstr. 118

Grabdenkmal- und Friedhofskunst. Hauptgeschäftsstelle am Bosenplatz, Wiesbaden. Nischelstraße 3, Eschborn 408.

Öffentliche Bekanntmachung. In unser Handelsregister ist heute in Abteilung A unter Nr. 245 die Firma Rudolf Valtin Wintel neu eingetragen worden.

Gebrüder Krier, Bank-Gescht. Wiesbaden, Rheinstraße 95. Inh.: Dr. jur. Hippolyt Krier, Paul Alexander Krier. Reichsbank-Giro-Konto. — Fernruf 711. Postscheckkonto 171 Frankfurt a. M. u. 48019 Cöln. Kassenstunden: 8-1 und 2-6 Uhr.

Großer Fleischverkauf! Mittwoch mittag von 1 Uhr ab wird prima Pferdefleisch ausgehauen ohne Marken.

Hermann Weis, Erbenheim. Bekanntmachung. Vom 15. November 1919 ab gelangen im Verkehrsblatt, wie am Eingang zum Kurhaus Kurhausabonnementskarten für das Kalenderjahr 1920 zur Ausgabe.